

September
2022

Autorin:
Dr. Andrea Paulus

Impuls #03

Sozioökonomische Schieflage an den bayerischen Wahlurnen



zentrum
für neue
sozialpolitik

Die Wahlbeteiligung in Bayern ist in einer sozioökonomischen Schieflage: **Bei arbeitslosen und einkommensschwachen Bürger:innen fiel sie sowohl bei der Landtagswahl 2018 als auch bei der Bundestagswahl 2021 im Vergleich zu besserverdienenden Wähler:innen geringer aus (vgl. Abbildungen im technischen Report). Bürger:innen mit niedrigem sozioökonomischem Status befinden sich auf dem demokratischen Rückzug.**

Zwei Beispiele zum Vergleich:

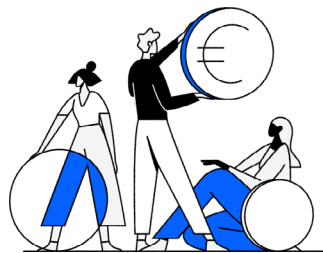
Exemplarisch für die demokratische Schieflage steht der Wahlkreis Schweinfurt: Die kreisfreie Stadt hatte bei der Landtagswahl 2018 mit 58,38 % die geringste Wahlbeteiligung in ganz Bayern (ca. 14 Prozentpunkte unter dem landesweiten Schnitt von 72,3 %), zum anderen aber mit 5,6 % die zweithöchste Arbeitslosenquote in Bayern. Mit € 21.379 lag das verfügbare Pro-Kopf-Einkommen auf dem viertniedrigsten Platz.


In Starnberg, der Stadt mit der höchsten Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl 2018, war die Wahlbeteiligung um über 20 Prozentpunkte höher (80,07 %); die Arbeitslosenquote betrug hier 2,5 % und das verfügbare Pro-Kopf-Einkommen war (und ist) das landesweit höchste mit € 37.934.

Dieses Phänomen beschränkt sich nicht allein auf den Freistaat: Auch bei Landtagswahlen in anderen Bundesländern und bei den Bundestagswahlen bleiben vor allem die einkommensschwachen Bevölkerungsschichten der Wahlurne fern. Dabei ist die Wahlbeteiligung im Freistaat im bundesweiten Vergleich hoch: Mit 79,9 % hatte Bayern bei der Bundestagswahl 2021 im bundesweiten Vergleich (76,6 %) die höchste, mit 72,3% bei der Landtagswahl 2018 bundesweit die zweithöchste Wahlbeteiligung bei allen Landtagswahlen seit 2017. Demokratiepolitisch betrachtet ist die sozioökonomische Schieflage an den Wahlurnen ein gewichtiges Problem, sorgt sie doch dafür, dass große Teile der Gesellschaft bei politischen Entscheidungen unterrepräsentiert sind – was eine ernstzunehmende Legitimitätskrise gewählter Institutionen zur Folge hat.

Das Zentrum für neue Sozialpolitik (ZSP) ist ein unabhängiger und gemeinnütziger Thinktank mit Sitz in Berlin und München. Es entwickelt evidenzbasierte Analysen, Konzepte und anwendungsorientierte Politikempfehlungen zur Zukunft der Sozialsysteme. Die Ergebnisse bringt das ZSP als Impulse in gesellschaftliche Debatten ein und diskutiert sie mit Akteur:innen aus Politik und Zivilgesellschaft.

www.zentrum-neue-sozialpolitik.org



 Diese Publikation ist als PDF auf der Projektwebsite unter einer Creative-Commons-Lizenz verfügbar. Gemäß der Lizenz ist das Kopieren und Verbreiten der Publikation nur in ihrer Gesamtheit erlaubt und nur sofern Zentrum für neue Sozialpolitik als Urheber genannt und die Publikation für nicht-kommerzielle Zwecke verwendet wird. Grafiken und Abbildungen dürfen nicht getrennt von der Veröffentlichung verwendet werden.

Zentrum für neue Sozialpolitik gmbH
Ohmstraße 13
D-80802 München
Tel. +49(0)89/44 333 555-00
info@zentrum-neue-sozialpolitik.org
www.zentrum-neue-sozialpolitik.org
Veröffentlicht im September 2022

V.i.S.d.P.: Mansour Aalam
c/o Zentrum für neue
Sozialpolitik
Ohmstraße 13
D-80802 München

Layout: Abc&D München